

Initiativantrag

Initiator*innen:

Titel: **Kein Fortschritt ohne Konflikt – dieser Koalitionsvertrag ist keine sozialdemokratische Antwort auf die Krise**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an die sächsischen Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Antragstext

1 Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 ist politisch klar:
 2 Eine Regierungsbildung ohne Beteiligung von Union und SPD ist rechnerisch nicht
 3 möglich. Die Vorstellung, die SPD könne sich dieser Verantwortung einfach
 4 entziehen, wäre politisch naiv – und in der gegenwärtigen Situation
 5 gesellschaftlich fahrlässig. Wir können in diesem Zusammenhang auch die Bedenken
 6 bezüglich einer Ablehnung des vorliegenden Koalitionsvertrags verstehen und
 7 nachvollziehen. Viele gesellschaftliche und soziale Bereiche sowie nahezu alle
 8 Kommunen sind auf rasche Entscheidungen und das zügige Umsetzen von Maßnahmen
 9 sowie die Verabschiedung eines Bundeshaushaltes angewiesen. Auch die Sorge vor
 10 einer weiter anwachsenden Stärke von rechtspopulistischen und rechtsnationalen
 11 Kräften aufgrund von anhaltender politischer Handlungs- und
 12 Gestaltungsunfähigkeit nehmen wir wahr.

13 Doch genauso fahrlässig wäre es, diesen Koalitionsvertrag zur Geschäftsgrundlage
 14 sozialdemokratischer Politik zu erklären. Denn was Union und SPD hier gemeinsam
 15 vorgelegt haben, ist kein Zukunftsentwurf für ein gerechteres, demokratisches,
 16 solidarischeres Morgen. Es ist ein Vertrag der Rückschritte. Ein Signal der
 17 Anpassung. Ein Angriff auf jede progressive Politik. Ein Anspruch, den wir als
 18 Jusos seit Jahren verteidigen – oft genug auch gegen unsere eigene Partei.

19 **Was dieser Koalitionsvertrag sagt, ist klar:** Migration wird zur Bedrohung
20 erklärt, Armut wird verwaltet statt bekämpft, Arbeit wird flexibilisiert statt
21 fair gemacht, soziale Absicherung wird an Bedingungen geknüpft, als wären wir im
22 Jahr 2003. Die strukturelle Ungleichheit, die diesen Staat durchzieht, wird
23 nicht einmal mehr rhetorisch problematisiert – und die Schuldenbremse wird zum
24 unantastbaren Dogma erhoben.

25 **Was dieser Koalitionsvertrag nicht sagt, ist genauso bezeichnend:** Es fehlt an
26 einer Perspektive für Menschen in prekären Lebenslagen, für Geflüchtete, für
27 junge Menschen, für queere Communities, für Familien ohne Eigentum, für alle,
28 die in diesem Land mehr geben als sie je bekommen haben.

29 Und genau deshalb sagen wir Jusos Sachsen klar und deutlich: **Wir lehnen diesen**
30 **Koalitionsvertrag ab.**

31 **Aus Verantwortung für Demokratie – nicht für Symbolpolitik**

32 Wir müssen den Finger in die Wunde legen und klarstellen: Verantwortung für
33 Demokratie bedeutet nicht einfach, politische Verantwortung ohne klare Linien
34 und Überzeugungen zu übernehmen. Als Jusos sind wir uns einig: Es darf der SPD
35 nicht nur darum gehen, als Teil

36 einer neuzubildenden Regierung zu agieren, sondern vorallem auch darum, aktiv
37 eine politische Agenda zu gestalten, die die sozialen Werte einer solidarischen
38 Gesellschaft widerspiegelt. Es geht nicht nur darum, mitzuregieren, sondern auch
39 darum, die Verantwortung für die sozialdemokratische Vision in der Gesellschaft
40 aufrechtzuerhalten. Doch dieser Koalitionsvertrag, wie er hier vorliegt, ist
41 eine bloße Verwaltung der bestehenden Verhältnisse und keine Gestaltung der
42 Zukunft. Wir können und dürfen uns nicht damit abfinden, dass grundlegende
43 sozialdemokratische Prinzipien wie soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und
44 Solidarität im Namen einer fragwürdigen Konsenspolitik aufgeweicht werden.

45 Denn was dieser Vertrag letztlich zeigt, ist der Versuch, Konflikte zu
46 vermeiden, statt sie anzunehmen. Wer meint, durch eine Politik des kleinsten
47 gemeinsamen Nenners die Gesellschaft zu versöhnen, unterschätzt die
48 tatsächlichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen, die das Land
49 durchziehen. Es ist kein Fortschritt, die sozialen Probleme zu ignorieren, nur
50 weil sie unbequem sind. Es ist kein Fortschritt, sich dem rechten Diskurs zu
51 beugen, nur um politischen Frieden zu simulieren. Nein, der politische Erfolg
52 muss in der radikalen Auseinandersetzung mit den bestehenden Ungleichheiten
53 liegen, nicht in der Abwägung zwischen schlechten und weniger schlechten
54 Kompromissen.

Eine SPD, die aus Angst vor einem angeblichen „Rechtsrutsch“ rechte Narrative übernimmt, verfehlt ihr Ziel. Der Koalitionsvertrag nimmt Begriffe wie „irreguläre Migration“, „Anreize zum Sozialmissbrauch“ und „Integrationsverweigerung“ auf, als hätte ihn ein Unions-Innenminister mit einem AfD-Schatten im Rücken formuliert.

Damit wird nicht der Rechtsruck gestoppt – er wird diskursiv validiert. Die Versuche, mit autoritären Maßnahmen wie Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan, der Aussetzung des Familiennachzugs, Internierungshaft und Leistungskürzungen verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, sind nicht nur rechtsstaatlich fragwürdig – sie sind politisch katastrophal. Sie bestätigen die Deutung der Rechten: dass Migration das zentrale Problem unserer Gesellschaft sei.

Wer Migration als Bedrohung begreift, wer das Bild von „kriminellen Migranten“ pflegt, wer mit Abschiebungen und dem Aushungern von Asylrechtsverfahren Politik machen will, gibt grundlegende Prinzipien der sozialen Demokratie auf. Eine solche sozialdemokratische Partei, verabschiedet sich aus der Tradition des Internationalismus und der Solidarität – und macht sich zur Beflüglerin des Rechtsrucks.

Die sog. Bezahlkarte ist der in Form gegossene Ausdruck von Stigmatisierung und Diskriminierung von Geflüchteten in Deutschland. Eine Forderung nach flächendeckendem Einsatz ihrer und der Verhinderung von ihrer Unterbindung sollte für eine sozialdemokratische Partei erschreckend sein, ist es aber scheinbar nicht. Die Bezahlkarte hemmt die Integration und macht das Leben von Geflüchteten komplizierter. Sie spricht Geflüchteten ab, selbst finanzielle Entscheidungen treffen zu können, und entmündigt sie.

Wer sich als Partei der Gleichberechtigung sieht und die schwächsten unserer Gesellschaft fördern möchte, darf dieses System nicht weiter unterstützen und fordern, es auszubauen. Es muss klar sein, dass man sich für eine Abschaffung der sog. Bezahlkarte ausspricht.

Sozialpolitik ohne Würde – das Comeback des Forderns ohne Fördern

Die Rückkehr zum Vermittlungsvorrang, die faktische Wiedereinführung von Vollsanktionierung, die Abschaffung von Schonvermögen, das Framing von Sozialleistungen als Einwanderungsanreiz – all das sind keine Nebensächlichkeiten. Es sind Rückfälle in eine Zeit, in der der Sozialstaat vor allem Kontrollstaat war. Wer Sozialleistungen als Mittel der sozialen Kontrolle begreift und eine Gesellschaft durch Misstrauen und Entwürdigung strukturiert,

gefährdet den sozialen Zusammenhalt.

Wir wollten das Kapitel Hartz IV beenden – nicht mit neuem Cover, sondern mit neuem Inhalt. Doch dieser Koalitionsvertrag erzählt keine neue Geschichte. Er reproduziert alte Formeln: Arbeit um jeden Preis, Leistung vor Leben, Sanktion statt Unterstützung.

Menschen, die auf soziale Sicherheit angewiesen sind, werden erneut mit Misstrauen behandelt, statt als Partner*innen in einem Sozialstaat auf Augenhöhe. Wir fordern einen Sozialstaat, der aktiv Menschen unterstützt und nicht in eine Spirale aus Kontrolle und Stigmatisierung schickt. Das Ziel muss es sein, Menschen zu fördern, ihre Lebensbedingungen zu verbessern und ihnen die Möglichkeit zu geben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen – und das nicht nur auf dem Papier, sondern auch durch konkrete politische Maßnahmen. Kurz: Was wir brauchen, ist ein Sozialstaat, der qualifiziert, schützt und stärkt – nicht einer, der schikaniert.

Kein Mieter*innenschutz, keine Vermögensbesteuerung – aber ein „Deutschlandfonds“

Während Wohnraum unbezahlbar wird und der Mangel an öffentlicher Daseinsvorsorge wächst, bleibt die große sozialpolitische Gerechtigkeitsfrage unbeantwortet: Wer zahlt eigentlich für dieses Land? Die Antwort dieses Koalitionsvertrags ist erschütternd klar: nicht die Reichsten. Der Koalitionsvertrag versäumt es, reiche Erben und Konzerne zur Verantwortung zu ziehen, indem er eine Vermögenssteuer und echte Maßnahmen gegen die Steuerflucht der Reichen ausblendet.

Stattdessen: eine Kommission, ein Fonds, ein Prüfauftrag. Symbolpolitik statt Substanz. Wer die soziale Frage nicht stellt, darf sich nicht wundern, wenn sie von rechts beantwortet wird. Wer eine gerechtere Gesellschaft anstrebt, muss sich der Vermögensverteilung stellen und den Reichen mehr zur Verantwortung ziehen. Das können wir nicht einfach hinnehmen.

Klimapolitik mit angezogener Handbremse

Auch in der Klimapolitik verpasst die Koalition ihre Chance. Statt entschlossener Investitionen in öffentliche Infrastruktur, soziale Klimagerechtigkeit und eine Abkehr von fossilen Abhängigkeiten erleben wir Rückschritte: CCS-Technologien, Gasförderung, verlängerte Laufzeiten, technologieoffenes Lavieren – aber keine klare Linie für eine ökologische Transformation mit sozialen Garantien. Klimaschutz wird zur Standortpolitik

126 degradiert – und soziale Gerechtigkeit zum Nachsatz.

127 **Wir sind nicht alternativlos**

128 Ja, die Mehrheitsverhältnisse nach dem 23. Februar sind schwierig. Aber
129 „schwierig“ ist kein Freifahrtsschein für inhaltliche Selbstaufgabe. Es ist
130 Aufgabe der SPD, nicht nur mitzuregieren, sondern zu gestalten. Und wenn das mit
131 der Union nicht geht, dann muss man den Konflikt austragen – nicht die roten
132 Linien abräumen.

133 **Wir akzeptieren nicht die Erzählung, dass es „nun mal nicht anders geht“.** Wenn
134 der Preis für Regierungsbildung das Aufgeben unserer Grundsätze ist, dann ist es
135 unsere Aufgabe als Jusos, genau diesen Preis nicht zu bezahlen. Politische
136 Verantwortung heißt auch: Nein sagen können.

137 Wir werden weiterkämpfen. Wir sind nicht die Erben der Politik des kleinsten
138 gemeinsamen Nenners. Wir sind die Generation, die die Konflikte nicht scheut,
139 sondern sie aktiv und

140 konstruktiv austrägt. Unser Ziel ist klar: eine sozialere, gerechtere,
141 solidarische und demokratische Gesellschaft.

142 **Unsere Position**

143 Wir als Jusos Sachsen sagen deshalb:
144 ? Wir lehnen den Koalitionsvertrag in seiner vorliegenden Form ab.
145 ? Wir fordern Nachverhandlungen in den Bereichen Asyl & Migration, Soziales und
146 Arbeit.
147 ? Wir rufen alle Mitglieder der SPD dazu auf, beim Mitgliederentscheid mit Nein
148 zu stimmen.
149 ? Und wir sagen deutlich: Egal wie die Abstimmung ausgeht – auf uns ist zu
150 zählen.

151 Wir sind nicht der Jugendflügel einer Großen Koalition. Wir sind der
152 demokratisch-sozialistische Motor einer Partei, die sich selbst nicht aufgeben
153 darf.

154 Wenn Morgen wirklich uns gehören soll, dann müssen wir heute anfangen, für
155 dieses Morgen zu kämpfen!